



## Siebte Sitzung des Landes-Teilhabebeirats am 28. September 2016

Dauer: 15:00 - 18:10 Uhr  
Ort: Roland zu Bremen Oberschule

### TOP 1: Begrüßung und Genehmigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird ohne Änderungen beschlossen.

Der Vorsitzende berichtet eingangs von einem Treffen der Ressortvertreterinnen und -vertreter des Landesteilhabebeirats. Ferner haben sich auch die stimmberechtigten Mitglieder des Landesteilhabebeirats Ende August im Gehörlosenfreizeitheim getroffen. Ergebnis beider Treffen war, dass sich die Sitzungen des Beirats verstärkt auf ein bis zwei Schwerpunktthemen beschränken sollen. Themen sollen hierdurch verständlicher behandelt werden.

Auch waren die Anzahl sowie die jeweiligen Teilnehmenden der Sitzungen in beiden Gruppen Thema. Es sollen weniger Sitzungen des gesamten Beirats stattfinden, dafür mehr in denen sich nur die stimmberechtigten Mitglieder treffen. Näheres wird auf der kommenden Sitzung des Beirats erläutert.

### TOP 2: Genehmigung des Protokolls der sechsten Sitzung des Landesteilhabebeirats

Das Protokoll der sechsten Sitzung vom 01. Juni 2016 wird ohne Änderungen genehmigt. Es ist auf der Internetseite [www.lbb.bremen.de](http://www.lbb.bremen.de) (Themen - UN-Behindertenrechtskonvention - Der Landesteilhabebeirat) abrufbar.

### TOP 3: Benennung einer Vertreterin/ eines Vertreters des Landesteilhabebeirats für die Bremer Vereinbarung / Nachtrag zur vergangenen Sitzung

Während der sechsten Sitzung hat sich der Sozialverband dafür ausgesprochen, dass der Landesteilhabebeirat in die „Bremer Vereinbarungen“ aufgenommen wird. Einige stimmberechtigte Beiratsmitglieder kannten die „Bremer Vereinbarung“ nicht. Der Vorsitzende beschreibt in Kurzform die Tätigkeit der „Bremer Vereinbarungen“. Es wird auf die anliegende Zusammenfassung verwiesen.

Als Vertreter sowie Stellvertreter für den Landesteilhabebeirat schlägt der Vorsitzende Henry Spradau sowie Thomas Wolter vor. Beide sind nicht anwesend, haben aber im Vorfeld ihre Bereitschaft signalisiert. Mit einer Enthaltung werden Spradau und Wolter von den stimmberechtigten Mitgliedern als Vertreter bestimmt. Der Vorsitzende des Gremiums wird sich im Nachgang via Brief an die Geschäftsführung der „Bremer Vereinbarungen“ wenden (siehe Anlage).

#### **TOP 4: Vorstellung der inklusiven Praxis an der Roland zu Bremen Oberschule**

Die teilhabebezogene Arbeit der Roland zu Bremen Oberschule wird durch Achim Kaschub vorgestellt. Hr. Kaschub ist Leiter des Zentrums für unterstützende Pädagogik an der Schule. Im Jahr 2012 ist das Förderzentrum Huchting (Lernen, Sprache, Verhalten) in die Roland zu Bremen Oberschule integriert worden. Schülerinnen und Schüler mit einer körperlich-motorischen Behinderung werden an der Schule nicht aufgenommen. Das Konzept der Schule zeichnet sich unter anderem dadurch aus, dass einmal in der Woche bis abends eine Kooperation mit Freizeiteinrichtungen etc. stattfindet. Aufgrund der Personalausstattung ist es laut Herrn Kaschub jedoch nicht immer möglich, allen Schülern gerecht zu werden. Im Hinblick auf die weitere Arbeit der Roland zu Bremen Oberschule wird auf die anliegende Präsentation verwiesen.

#### **TOP 5: Inklusive schulische Bildung**

a) Schulische Inklusion in der Praxis - was läuft gut, was läuft schlecht?

*(Gesamtschülervertretung Bremen)*

Die GSV wurde mehrmals durch die Geschäftsstelle kontaktiert. Leider war eine Teilnahme an der Sitzung dennoch nicht möglich. Der Vorsitzende, Dr. Joachim Steinbrück gab an, dass er weiterhin den Kontakt zur GSV suchen wird.

b) Schulische Inklusion in der Praxis - was läuft gut, was läuft schlecht?

*(Robert Benckert, Zentraler-Eltern-Beirat)*

Herr Benckert stellt eingangs den Zentralen-Eltern-Beirat ([www.zeb-bremen.de](http://www.zeb-bremen.de)) vor. Der ZEB hat eine Reihe an Ausschüssen. Herr Benckert ist der Vorsitzende des Ausschusses Sonderpädagogik. Mit Blick auf die Teilhabe behinderter Schülerinnen und Schüler sieht er derzeit im Bundesland Bremen folgende Probleme:

- Grundproblem - Inklusion wird öffentlich vor allem im Bildungssektor verortet und nicht als gesamtgesellschaftliche Aufgabe begriffen.
- Sprache - es wird immer noch regelmäßig von I-Kindern gesprochen.
- Es gibt an verschiedenen Schulen gute Erfahrungen und Konzepte hinsichtlich der Beschulung von behinderten Kindern in Bremen. Das Bildungsressort müsste laut Herrn Benckert dafür sorgen, dass andere Schulen hiervon profitieren. Er regt an, eine Plattform für den Erfahrungsaustausch zur Verfügung zu stellen.
- Eltern behinderter Schüler werden immer wieder als Ersatzpädagogen herangezogen, sobald die Assistenz ausfällt. Auch die Frage „Könnt ihr euer Kind heute nicht zu Hause lassen?“ kommt häufiger bei Krankheit der Assistenz vor. Fazit - Mangel an Assistenzkräften.
- Derzeit gibt es keine Zentren für unterstützende Pädagogik an Berufsschulen. Herr Benckert fordert, dass die inklusive berufliche Bildung und vor allem der Übergang in diese verstärkt in den Fokus rückt.
- Zu wenig Schulen sind derzeit in der Lage, Schülerinnen und Schüler mit unterschiedlichen Behinderungen zu unterrichten - es fehlt die Breite der qualitativen Voraussetzungen. So sind die entsprechenden Schulen nicht alle sozialräumlich verortet. Wodurch es derzeit häufig zu langen Fahrzeiten der Schülerinnen und Schüler kommt.
- Getrennte Elternabende von Eltern mit Kindern mit und ohne Behinderung. Dies sei laut Benckert kein Einzelfall.

c) Wie stellt die Bildungsbehörde die inklusive Entwicklung der Schulen in Bremen sicher?

*(Andrea Herrmann-Weide, Senatorin für Kinder und Bildung)*

Derzeit steht das Bildungssystem in Bremen vor den Herausforderungen der Beschulung von Flüchtlingen sowie der schulischen Inklusion. Für den Bereich der schulischen Inklusion gibt es eine Steuerungsgruppe im Ressort, in welcher auch ein Austausch mit der Praxis stattfindet. Ferner findet mit den einzelnen Schulen alle zwei Jahre ein Zielvereinbarungsgespräch statt. In den Gesprächen werden auch Konzepte zur Beschulung von behinderten Schülern thematisiert.

Bei der Beschulung behinderter Schülerinnen und Schüler werden die Regelschulen unter anderem durch den Mobilen Dienst unterstützt. Schwerpunkt sind die Bereiche Sehen, Hören sowie körperlich behindert. Das Beratungsangebot richtet sich an Eltern, Schüler und Lehrer. Die Stunden des Mobilen Dienstes sollen erhöht werden. Insgesamt ist jedoch aus Sicht des Ressorts festzuhalten, dass Fachpersonal - sowohl Sonderpädagogen als auch Pädagogen - fehlt. Der Arbeitsmarkt ist bundesweit derzeit leer.

Mit Blick auf das Förderzentrum an der Fritz-Gansberg-Straße gibt Frau Herrmann-Weide an, dass dort aktuell eine Evaluation stattfindet. Wie die Beschulung im Bereich - auch im Hinblick auf die sozialen und emotionalen Aspekte - nach 2018 weitergehen soll, wird eine politische Entscheidung sein.

Ein Bundesprogramm zur Berufsorientierung ist vor kurzem ausgelaufen. Für 2016/2017 ist die Finanzierung gesichert. Eine Bund-Länder-Vereinbarung soll ab 2017 eine vertiefende Berufsorientierung fördern.

Auf Nachfrage gibt Frau Herrmann-Weide ferner an, dass die Jugend- und Berufsagenturen teilhabebezogen agieren.

Vom Landesteilhabebeirat wird anschließend erneut die Stigmatisierung thematisiert. Es wird gefordert, die Schülerinnen und Schüler in die Lage zu versetzen, selbstbewusst mit der Beeinträchtigung umzugehen und ihre Entwicklungsmöglichkeiten soweit es geht auszuschöpfen. Das Thema „Haltung“ soll vertieft behandelt werden.

## **TOP 6: Inklusive Erziehung: Übergang Kindertagesstätten (KiTa) - Grundschule**

a) Übergang KiTa - Grundschule

Wie erfolgt die Meldung von Schülerinnen und Schülern, welche sonderpädagogische Unterstützung benötigen?

*(Meike Baasen, stellv. Vorsitzende des Unterausschusses Jugendhilfe)*

Der Datenschutz ist laut Frau Baasen der Grund dafür, dass eine Zusammenarbeit der beiden Bereiche derzeit nicht oder nur sehr zögerlich erfolgt. Ziel sollte laut Unterausschuss sein, dass alle Schulen mit allen Kindern arbeiten können. Um gewährleisten zu können, dass die Schulen sich auf die einzelnen Grundschüler im Vorfeld einstellen können, müssen laut Frau Baasen verstärkt Netzwerke zwischen KiTa's und Grundschulen geschaffen werden. Die Finanzierung der Netzwerke sollte durch das Bildungsressort sichergestellt werden. Einen Kooperationsverbund gibt es in der Neustadt, hier hat sich eine Schule mit fünf KiTa's zusammengeschlossen. Für die weiteren Ausführungen wird auf den anliegenden Bericht des Unterausschusses Jugendhilfe & Schule verwiesen.

- b) Stand der Umsetzung der Maßnahmen des Bereichs frühkindliche Erziehung aus dem Handlungsfeld „Erziehung und Bildung“ des Landesaktionsplans  
(Harald Rentzow, Senatorin für Kinder und Bildung  
Eva Fiedler, Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport)

Die beiden Ressortvertreter erläutern den Stand der Maßnahmen aus ihrem Bereich. Um den Stand gemäß der Ressorts wiederzugeben, wird auf die anliegende Maßnahmenübersicht verwiesen.

Anmerkung: Seitens des Ressorts Kinder und Bildung wird eine schriftliche Zuarbeit noch stattfinden.

Mit Blick auf die Maßnahme

„Prüfauftrag an Immobilien Bremen für eine mittelfristige Planung zur Weiterentwicklung der Barrierefreiheit in den KiTa Bremen Einrichtungen nach dem Vorbild „barrierefreiplus“ in Dortmund“

merkt Herr Steinbrück an, dass er eine offizielle Anfrage zum Stand stellen wird. Vorgesehen war die Umsetzung der Maßnahme für das 4. Quartal 2014.

**TOP 7: Verabschiedung eines Beschluss des Landesteilhabebeirats zum Schwerpunktthema**

Nach dem ein Austausch zwischen der Vertreterin des Bildungsressorts und dem Beirat zur Zielrichtung des Beschlusses erfolgt ist, sprechen sich die stimmberechtigten Mitglieder des Beirat einstimmig für den anliegenden Beschluss aus. Anmerkung: Die Versendung erfolgte am 13. Oktober 2016 durch die Geschäftsstelle des Beirats.

**TOP 8: Sonstiges**

Herr Priesmeier berichtet zum Bundesteilhabegesetz. Der Bundesrat hat der Bundesregierung eine Reihe von Änderungsanträgen vorgelegt. Auch Bremen hat eine Reihe an Anträgen eingebracht. Eine Auflistung kann dem anliegenden Dokument entnommen werden.

Ferner fand ein Austausch zwischen dem Sozialressort und den stimmberechtigten Mitgliedern des Beirats im September statt.